



Dr. Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Frankreichwahl: Von Übeln und kleineren Übeln

Nach der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen zeichnet sich in Frankreich ein Machtwechsel ab. Die Aussichten für Nicolas Sarkozy, der sich – vor allem in den letzten Monaten – als zuverlässiger Partner an der Seite der deutschen Bundesregierung bei der Bekämpfung der Schuldenkrise positioniert hat, auf eine zweite Amtszeit im Élyséepalast sind jedenfalls nicht die besten. Stattdessen hat der sozialistische Kandidat François Hollande, der in den letzten Wochen eher durch konfrontative Äußerungen gegenüber der deutschen Regierung aufgefallen ist, Aussichten auf einen Sieg in der Stichwahl am 6. Mai.

Sicher: Bei den Wahlen in Frankreich stehen andere Themen im Mittelpunkt des Wählerinteresses. Insbesondere in den letzten Wochen beherrschte das Thema Einwanderung den Wahlkampf. Offenbar nahmen die Franzosen Sarkozy die markigen Sprüche aber nicht ab, mit denen er im rechten Lager auf Stimmenfang ging. Zu bedauern ist er hierfür nicht: Zurecht kann man ihm vorwerfen, dass er mit der Themensetzung dem rechtsextremen Front National in die Hände gespielt hat, der als drittstärkste Partei ein Rekordergebnis eingefahren hat.

Mit Blick auf die Krise im Euroraum sind trotzdem Bedenken angesichts eines möglichen Präsidenten Hollande angebracht. Zu lange war die europäische Politik auf Konfrontationskurs, haben sich insbesondere deutsche und französische Regierungen blockiert und so zur Verunsicherung der Märkte beigetragen. Erst als im Sommer letzten Jahres die Krise auf Italien und Spanien übergriff und selbst Frankreich in den Strudel gerissen zu werden drohte, haben sich Merkel und Sarkozy endlich zusammen gerauft. „Merkozy“ war geboren und hat ohne Zweifel zu einer Beruhigung der Märkte beigetragen.

Man muss sich immer vergegenwärtigen: Die Krise im Euroraum ist im Kern eine Vertrauenskrise! Nur in zweiter Linie geht es um zu hohe staatliche oder private Verschuldung – andere Länder stehen viel schlimmer da, ohne von den Märkten mit Höchstzinsen abgestraft zu werden. In

erster Linie mangelt es an den Märkten an Vertrauen in die Problemlösungskapazitäten auf nationaler und europäischer Ebene. Ein offener Streit über die europäische Reaktion auf die Krise – so notwendig eine Diskussion von Sparpolitik und Fiskalpakt ist – wird die Vertrauenskrise verschärfen. Vertrauensbildende Maßnahmen können hingegen tatsächlich den Teufelskreis von sinkendem Vertrauen und steigenden Zinsen unterbrechen und so zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Die Interventionen der EZB in den letzten Monaten, aber auch (vernünftig dimensionierte) Sparmaßnahmen in den Krisenländern und die Vereinbarung von Regeln für die Finanzpolitik sind daher notwendige Schritte. Ein Streit über diese Punkte und insbesondere ein Wiederaufschüren bereits verabschiedeter Verträge wäre Gift für die Stabilisierung der Finanzmärkte. Die derzeit insbesondere von den Banken an den Tag gelegte Skepsis mit Blick auf einen möglichen zukünftigen Präsidenten Hollande ist daher nicht unberechtigt. Man sollte sich aber auch nicht zu sehr Bange machen lassen: Die Warnungen vor dem möglichen sozialistischen Präsidenten haben auch andere Motive als die Krise im Euroraum – die Ankündigung steigender Spitzensteuersätze und einer Finanztransaktionssteuer würde auch ohne Krise zu Protesten der Finanzwelt führen.

Wenn Hollande nach einem erfolgreichen Wahlkampf etwas gesprächsbereiter auftritt als in den letzten Wochen – und die Aussichten dafür sind, gegeben seine in der Vergangenheit eher besonnene Art, eigentlich nicht schlecht –, so ist deshalb nicht mit einer Verschärfung der Krise zu rechnen. In der Sache hat Hollande ja sogar Recht, wenn er exzessive Sparbemühungen in Frage stellt und den Fiskalpakt für unzureichend hält; es gilt, die Balance zu halten und das Vertrauen der Märkte nicht zu erschüttern, indem bisherige Strategien grundsätzlich in Frage gestellt werden. Gelingt dies nach der Wahl am 6. Mai, so ist aus europäischer und deutscher Sicht ein Präsident Hollande seinem im braunen Sumpf fischenden Widersacher Sarkozy allemal vorzuziehen, der die Grenzkontrollen in Europa wieder einführen und die Industrie vor „illoyaler“ ausländischer Konkurrenz schützen will.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Jan Goebel
Kristina van Deuverden

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Susanne Marcus
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.